

US-Wirtschaft weiter auf Wachstumskurs

Die jüngsten Daten zum US-Arbeitsmarkt übertrafen erneut die Erwartungen. Ökonomen sagen den USA den Wiederaufstieg zum globalen Wachstumsmotor voraus.



Quelle: capitalotc.com

Bereits die am vergangenen Montag veröffentlichten Ergebnisse einer Umfrage des privaten Arbeitsvermittlers ADP hatten für Optimismus gesorgt. Laut dieser Umfrage übertraf die US-Wirtschaft im Dezember die Erwartungen vieler Experten deutlich und schuf 241.000 statt der erwarteten 226.000 Arbeitsplätze. Wie die am Freitag veröffentlichten Daten des amerikanischen Wirtschaftsministeriums zeigten, schuf die US-Wirtschaft im Dezember sogar 252.000 neue Stellen. Die Arbeitslosenquote ist auf 5,6% gesunken, den niedrigsten Stand seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008.

Die jüngsten Daten vom Arbeitsmarkt belegen erneut die positive Entwicklung der US-Wirtschaft in den letzten Monaten. Noch Anfang 2014 befürchteten Investoren eine mögliche Rezession. Die schwachen Wachstumswahlen (-2,1%) waren jedoch Folge des schlechten Wetters. Seitdem wächst die Wirtschaft der USA bei weitem schneller als die der meisten anderen Industrieländer. Im zweiten Quartal legte das BIP um annualisierte 4,6% zu, im dritten Quartal sogar um 5%. Insgesamt dürfte Amerikas Wirtschaft im letzten Jahr um 2,7% gewachsen sein. Für dieses und das nächste Jahr könnte das Wachstum sogar die 3%-Marke überschreiten.

Seit der Weltwirtschaftskrise hat die US-Wirtschaft die Erwartungen der Anleger meist enttäuscht. Nach wie vor gilt die derzeitige Erholung der Wirtschaft als die schwächste der Nachkriegszeit. Das BIP ist seit 2009 durchschnittlich um nur etwa 2,3% pro Jahr gewachsen, verglichen mit weit über 3% um die Jahrtausendwende. Vor allem das langsame Wachstum der arbeitenden Bevölkerung bewog Experten dazu, dass potentielle Wachstum der USA mit 2% deutlich niedriger anzusetzen als noch vor zehn Jahren (3%). Besonders die immer restriktiveren Immigrationsbestimmungen trugen dazu bei, dass die arbeitende Bevölkerung 2013 nur noch um 0,4% wuchs, verglichen mit 1,2% im Jahr 1990.

Wochenüberblick

Mo, 05.01.2015

Nach dem Schiedsspruch der Welthandelsorganisation (WTO) wird China seine Exportbeschränkungen auf seltene Erden aufheben. Im Jahr 2010 hatte China diese mit der Begründung eingeführt, die Umwelt schonen zu wollen. Der Abbau von seltenen Erden gilt als besonders schädlich für die Umwelt, da hierzu große Mengen an Säure benötigt werden und sogar leicht radioaktive Abfälle entstehen.

Japan, die USA und die EU hatten gegen diese Beschränkungen geklagt mit der Begründung, dass China heimischen Unternehmen hierdurch Wettbewerbsvorteile verschaffe. Die WTO entschied nun im Sinne der Kläger. Internationale Beobachter verweisen darauf, dass China solche Entscheidungen der WTO in der Vergangenheit immer wieder missachtet habe, die Exportbeschränkungen jedoch ohnehin ihr Ziel verfehlt hätten.

Seit der Einführung der Exportquoten wurde überall auf der Welt nach neuen Vorkommen der seltenen Erden gesucht. Außerdem konnten Technologiekonzerne aus Japan und dem Westen teils sogar auf alternative Rohstoffe ausweichen. Seit 2010 ist der Marktanteil Chinas von 95% auf 85% zurückgegangen und der Preis für seltene Erden seit seinem Höchststand im Jahr 2011 wieder deutlich gefallen.

Di, 06.01.2015

In keinem anderen europäischen Land gibt es so viele vakante Stellen wie in Deutschland. Dies geht aus Recherchen von ZEIT ONLINE hervor. So finden sich in Deutschland für 2,7% aller Arbeitsplätze keine passenden Bewerber. Der europaweite Schnitt liegt bei 1,6%. Am niedrigsten ist die Quote in Spanien (0,6%) und Griechenland (0,9%).

Mi, 07.01.2015

Der Euro ist auf den niedrigsten Stand seit Jahren gefallen. Am Mittwoch wurde erstmals seit 2006 wieder die 1,1875 Dollar-Marke unterschritten. Grund hierfür sind der fallende Ölpreis, das schwache Wirtschaftswachstum in der Eurozone und die Ankündigung der EZB, Staatsanleihen zu erwerben. Im Gegensatz hierzu steht in den USA in diesem Jahr die erste Leitzinserhöhung seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise an.

(-> Fortsetzung siehe nächste Seite)

Viele Daten weisen nun jedoch auf eine längere Phase des starken Wirtschaftswachstums hin, von dem nicht nur die wohlhabenden Schichten der amerikanischen Wirtschaft profitieren könnten. Nach einem Einbruch von etwa 8% zwischen 2008 und 2011, beginnt das reale Einkommen amerikanischer Haushalte nun wieder zu steigen. Zwischen Januar und November stieg das Einkommen um 1,2%. Einhergehend mit der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt verbesserte sich auch die Konsumlaune der US-Bürger und erreichte laut Umfragen den höchsten Wert seit 2007. Derzeit machen Konsumausgaben mehr als 70% der amerikanischen Wirtschaftsleistung aus. Neben dem Konsum trägt auch der niedrige Ölpreis zu den hohen Wachstumsraten bei. Dieser könnte auch im nächsten Jahr auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau verharren, denn vor allem Saudi-Arabien scheint gewillt, seinen Marktanteil auf Kosten des niedrigen Ölpreises zu verteidigen.

Viele Beobachter erwarten nun die Erhöhung des Leitzinses durch die Zentralbank im nächsten Jahr. Da die Inflationsrate mit 1,3% jedoch zu niedrig ist, kündigte die Chefin der Federal Reserve (Fed), Janet Yellen, an, mit der Leitzinserhöhung zu warten, bis die natürliche Arbeitslosigkeit unterschritten werde. Dies könnte zu einer weiteren Erhöhung der Löhne und Preise in den USA beitragen und so den Auswirkungen einer späteren Leitzinserhöhung entgegenwirken.

Derzeit stellen die USA mit ihrer stark wachsenden Wirtschaft weltweit eine Ausnahme dar. Die EU und Japan befinden sich seit Jahren am Rand der Rezession. Dies wird sich laut Schätzungen vieler Ökonomen auch im nächsten Jahr nicht ändern. So wird Europas größte Volkswirtschaft, Deutschland, je nach Prognose nur zwischen 1% und 1,5% wachsen.

Sogar China, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, verlor zuletzt deutlich an Dynamik. Bedingt durch die von Staatschef Xi Jinping angestrebte Neuausrichtung der Wirtschaft hin zum Binnenkonsum, sieht sich die Volksrepublik derzeit mit deutlich niedrigeren Wachstumsraten konfrontiert als noch vor wenigen Jahren.

Vieles deutet also darauf hin, dass die Vereinigten Staaten im kommenden Jahr wieder die Rolle des wichtigsten Wachstumsmotors der Weltwirtschaft einnehmen werden. Ob dies jedoch auch langfristig der Fall ist, hängt u. a. davon ab, ob der neu gewählte Kongress produktiver sein wird als der alte. In der Vergangenheit haben sich politische Auseinandersetzungen zwischen Republikanern und Demokraten oft negativ auf die wirtschaftliche Erholung des Landes ausgewirkt.

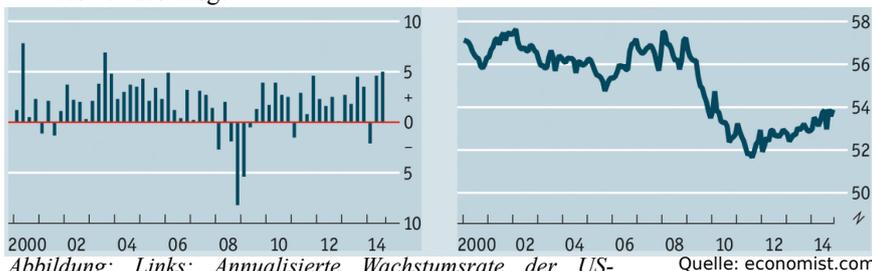


Abbildung: Links: Annualisierte Wachstumsrate der US-Wirtschaft im Vergleich zum vorigen Quartal. Rechts: Mittleres Einkommen amerikanischer Haushalte in tausend Dollar. Quelle: economist.com

Mi, 07.01.2015 (Fortsetzung)

Zwar gilt der niedrige Wechselkurs bei Anlegern als Zeichen der wirtschaftlichen Schwäche, doch bringt dieser auch Vorteile für europäische Unternehmen mit sich. Für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft stellt der niedrige Wechselkurs einen Preisvorteil im globalen Wettbewerb dar. Auch Krisenländer können von dieser Entwicklung profitieren. So ist der Preis für portugiesische Textilien im Vergleich zu thailändischen Waren seit dem Sommer aufgrund des schwachen Euro um 10% gesunken. Die EZB hofft außerdem, dass die sich vertuernden Importe zu einer Erhöhung der Inflationsrate beitragen.

Do, 08.01.2015

Im November sind die Industrieaufträge deutscher Unternehmen überraschend stark zurückgegangen. Die Hauptursache für den gesunkenen Auftragseingang sei die sinkende Nachfrage im Inland (-4,7%). Aus dem europäischen Ausland gingen hingegen mehr Bestellungen als im Vormonat (+2,7%) ein. Da jedoch die Bestellungen aus dem übrigen Ausland nachließen (-2,6%), entwickelte sich auch das Auslandsgeschäft im November insgesamt negativ (-0,7%).

Das Wirtschaftsministerium beurteilt die Entwicklung der deutschen Industrie seit Mitte des Jahres dennoch als positiv. Die Aussichten auf einen Anstieg der Auftragseingänge im Jahresabschlussquartal seien gut.

Fr, 09.01.2015

Nachdem die britische Wirtschaft im Sommer 2014 noch um 2,7% im Vergleich zum Vorjahr gewachsen ist, deuten aktuelle Wirtschaftsdaten auf eine Schwächephase am Ende des Jahres hin. Im November schrumpfte die Industrieproduktion im Vergleich zum Vormonat um 0,1%. Vor allem die Öl- und Gasproduktion brach aufgrund von Wartungsarbeiten an den Förderanlagen in der Nordsee ein (-5%).

Für das nächste Jahr gehen Experten dennoch von einem für europäische Verhältnisse hohen Wachstum von etwa 2,5% aus. Für die zweite Jahreshälfte wird erwartet, dass die Zentralbank den derzeit sehr niedrigen Leitzins (0,5%) anhebt.